

# Science, Numbers and Politics – Zeitgenössische Politik zwischen Rationalisierung und Zahlenhörigkeit

Konferenzbericht (28-30 April 2016, Heidelberger Akademie der Wissenschaften)

Für die vergangenen Jahrzehnte lässt sich eine fortschreitende „Verwissenschaftlichung“ des Politikbetriebes konstatieren. Im Kontext einer wachsenden Komplexität und auch Diversifizierung moderner Politik greifen Entscheidungsträger in zunehmendem Maße auf zahlenbasierte Expertise zurück. Den damit einhergehenden Chancen und Gefahren widmete sich die Tagung „Science, Numbers and Politics“, welche vom 28. bis 30. April 2016 in den Räumlichkeiten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften stattfand. Rund 25 internationale ForscherInnen aus verschiedenen Disziplinen sowie Akteure der praktischen Politik hinterfragten gemeinsam den Stand der „Verwissenschaftlichung“ von Politik und die Rolle von Quantifizierungen in politischen Entscheidungsprozessen. Die dreitägige Konferenz diente außerdem dazu, die zwölf Teilforschungsprojekte des WIN-Kolleg-Projektes *Wissenschaft, Zahl und Macht* zu debattieren und die gemeinsame Grundlage aller Teilprojekte im Lichte erster Forschungsergebnisse weiterzuentwickeln.

Nach den eröffnenden Worten Prof. em. Dr. Volker Sellins und einer thematischen Hinführung von Dr. Markus J. Prutsch folgte die Aufteilung in drei parallel stattfindende Workshops, welche Einzelaspekte des Tagungsthemas in den Mittelpunkt stellten. Zu jedem thematischen Schwerpunkt wurde vorab eine provokativ-überspitzte Arbeitshypothese formuliert, welche die Teilnehmer herausfordern und die Diskussionen der Workshops stimulieren sollten. Die TeilnehmerInnen hatten während der Workshops Gelegenheit, ihre eigenen Teilprojektforschungen in Kurzvorträgen zu präsentieren und konkrete Herausforderungen mit den Kollegen/-innen zu diskutieren. Jeder Vortragende bekam zudem ein rund 10minütiges Feedback zu seinem Forschungsvorhaben, dass im Vorfeld der Tagung vorbereitet wurde. Am Ende der Tagung kamen die TeilnehmerInnen themenübergreifend zusammen, um Erkenntnisse im Plenum vorzustellen und für die Weiterentwicklung des Gesamtprojektes nutzbar zu machen.

Die Workshops behandelten die Schwerpunkte:

- I) Historische Genese des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik;
- II) Wissenschaft und zeitgenössische Politik;
- III) Fallstudie – Europäische Bildungspolitik.

Im Workshop über die historische Genese zeigte Ida H. Stamhuis auf, welchen beschwerlichen Weg die Statistik in den Niederlanden des 19. Jahrhunderts gegangen ist, bis sie als eine staatliche Praktik anerkannt war. Stamhuis machte anschaulich, dass Interessengruppen aus der Landwirtschaft, Industrie und Wissenschaft, politische Bewegungen wie der Liberalismus und Sozialismus sowie einzelne Regierungsmitglieder mit jeweils eigenen und teils widerläufigen Agenden auf diesen Prozess Einfluss nahmen. Axel Utz präsentierte seine Forschungsvorhaben über die Bedeutung von quantitativen Wissenschaften in Europas Afrika-Kolonien. Mit Blick auf die afrikanischen Großen Seen zeigte er auf, dass nicht nur das Verhalten der Wissenschaftler, sondern ebenso ihre Forschungspraktiken und -ergebnisse von wirtschaftlichen Interessen, Ideologien und politischen Machtverhältnissen beeinflusst war. Kaat Louckx widmete sich den belgischen Volkszählungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und verdeutlichte, dass Volkszählungen zwar einerseits zur „Verwissenschaftlichung“ des Sozialen, aber andererseits auch zur „Politisierung“ der Gesellschaft durch Fragen der Zugehörigkeit beitrugen. Anat Leibler machte in ihrem Beitrag deutlich, dass sich bereits in den 1920er Jahren Statistiker, Ökonomen und Regierungsvertreter zu transnationalen Konferenzen zusammenfanden, um staatenübergreifend anerkannte Messgrößen und Standards für die Weltwirtschaft festzulegen. Während des Workshops über Wissenschaft und zeitgenössische Politik stellte Jean-Guy Prévost sein vergleichendes Forschungsvorhaben über den Umgang nationaler und internationaler Statistischer Büros mit wissenschaftlicher Unabhängigkeit vor. Prévost deutete bereits mannigfaltige Konfliktlinien an, die es im Weiteren zu untersuchen gelte. So stellten sich Büros etwa meist als wissenschaftlich unabhängig und politisch neutral dar, würden gleichzeitig aber über politische Forschungsvorgaben, seien es vorformulierte Forschungsfragen oder Finanzierungsvorgaben, direkt oder indirekt von „außen“ beeinflusst. Wolfgang Drechsler ging in seinem Impulsvortrag den Alternativen zu den in westlichen Demokratien üblichen zahlenbasierten Indikatoren nach. Drechsler stellte hierbei drei in Asien verwendete Modelle vor, in denen etwa Genügsamkeit, Glück/Zufriedenheit und die Verbundenheit zwischen Volk und König konzeptionalisiert würden. Julia Schubert wiederum verdeutlichte am Beispiel der Klimaforschung, dass die Grenzen zwischen Analyse und praktischer Empfehlung häufig verschwimmen, weshalb es für die Schnittstelle zwischen

Wissenschaft und Politik einer besonders kritischen Kontextualisierung bedürfe. Radhika Gorur, Estrid Sørensen und Bryan Maddox widmeten sich den Folgen, welche die Ausweitung der PISA-Erhebungen von Industrie- auf Entwicklungsländer mit sich bringt. Sie hinterfragen hierbei kritisch, inwieweit westliche, zahlenbasierte Standards überhaupt auf Entwicklungsländer anwendbar sind und hoben stattdessen die Notwendigkeit einer individuellen Anpassung an die jeweiligen ökonomischen und sozio-kulturellen Bedingungen hervor. Alexander Ruser wiederum diskutierte die Attraktivität von Zahlen in der Klimapolitik und machte deutlich, dass Zahlen in Diskursen mit jeweils ganz spezifischen Zukunftsvorstellungen verbunden werden, die sowohl das zukünftige Klima als auch das zukünftige Wissen über das Klima betreffen.

In dem dritten Workshop über die Fallstudie der europäischen Bildungspolitik zeigte Yuval Vurgan auf, dass wissenschaftliche Dienste vor der Herausforderung stehen, zahlenbasierte Empfehlungen angemessen an die Politik weiterzugeben. In einer vergleichenden Studie analysiert er daher, inwieweit solche Dienste Zahlen überhaupt kontextualisieren und etwa mit mehreren Handlungsoptionen oder gar Gefahren falscher Schlussfolgerungen an politische Entscheidungsträger vermitteln. Jörg J. Dötsch diskutierte hingegen mögliche Differenzen zwischen europäischer zahlenbasierter Zielvereinbarungen in der Bildungspolitik und dem Kontrast einer nationalen und regionalen Lesart dieser Ziele. Der dritte Workshop diskutierte zudem die Ideen von Anne Rohstock und Karin Amos, welche die von der EU geförderte „Smartization“ von Bildungseinrichtungen erforschen, die Auswirkungen auf SchülerInnen untersuchen und die Ursprünge dieser Politiken historisch bis in die Zeit des Kalten Krieges verorten.

Als Ausgangspunkt der Diskussionen dienten nachfolgende Arbeitshypothesen:

- 1) Seit Anfang des 19. Jahrhunderts hat die Verwendung von Quantifizierungen in politischen Entscheidungsprozessen kontinuierlich zugenommen.
- 2) Die Objektivität der Quantifizierung ist illusorisch, da sowohl die Produktion als auch die Anwendung von Quantifizierungen stets vom Kontext abhängig ist.
- 3) Je komplexer und kulturell heterogener ein politisches System ist, desto größer ist die Neigung, auf Quantifizierungen zurückzugreifen.

Aus den bewusst zugespitzten Hypothesen entwickelte sich im Laufe der Konferenz – wie zu erwarten stand – ein differenziertes Bild. Die Annahme eines kontinuierlichen Anstieges von Zahlen in der Politik wurde dahingehend abgewogen, dass dieser Anstieg keinesfalls linear, sondern sich je nach zeithistorischem Umstand änderte. Außerdem zeigten die jüngeren politischen Diskussionen wie etwa in der Flüchtlings-, Finanz- und Wirtschaftskrise auf, dass

es zu gegenläufigen Entwicklungen kommen kann. So werde derzeit in zunehmendem Maße gegen wissenschaftliche Expertisen und zahlenbasierte Studien öffentlich polemisiert und deren Nutzen für die praktischen Politikgestaltung infrage gestellt. Dies veranlasste TeilnehmerInnen dazu, von einer *Re-Ideologisierung* der gegenwärtigen Politik zu sprechen, was das historische Kontinuitätsnarrativ infrage stelle. Die TagungsteilnehmerInnen stimmten dahingehend überein, dass das Objektivitätsversprechen hinter Quantifizierungen illusorisch sei. Allerdings wurde angemahnt, dass das Versprechen in der politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung immer noch wirkmächtig sei. Die Europäische Politik wurde hierbei als eine besonders zahlenanfällige politische Ebene ausgemacht, was durchaus nahe lege, hierfür bestimmte komplexitätssteigernde Umstände wie etwa die Vielsprachigkeit und Strukturvielfalt mitverantwortlich zu machen. Es wurde allerdings bezweifelt, dass sich ein allgemeingültiger Bedeutungsunterschied zwischen supranationalen Politikprozessen im Vergleich zu etwa nationalen oder regionalen feststellen lasse. So sei von einer Linearität nicht auszugehen, wonach ein „Mehr“ an Komplexität mit einem „Mehr“ an Zahlen gleichzusetzen sei. Zumal offen bleibe, wie etwa Komplexität in diesem Zusammenhang analysetauglich definiert werden könne.

Die TeilnehmerInnen zeigten sich einig, dass auf allen politischen Ebenen die kontextuellen Bedingungen von Zahlen gleichermaßen entscheidend seien. Diese Feststellung spiegelte sich auch in den Abendvorträgen der Redner aus Wissenschaft und praktischer Politik. Wie spannungsvoll sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik auf regionaler Ebene entwickeln kann, zeigte der Prof. em. Dr. Volker Sellin am Beispiel der Stadt Heidelberg, deren wissenschaftliche Einrichtungen von mannigfaltigen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen beeinflusst und damit häufigen Wandlungen ausgesetzt waren. Lars Bo Jakobson, der das bildungspolitische Beratungsnetzwerk Eurydice der Europäischen Kommission leitet, machte in seinem Vortrag Schwierigkeiten im Umgang mit Zahlen auf europäischer Ebene deutlich. So bauten etwa EU-Statistiken auf nationalen Erhebungen auf, die jeweils mit ganz unterschiedlichen Kategorien und Methoden erhoben werden. Außerdem wies Jakobson auf den Umstand hin, dass zahlenbasierte Politikziele nicht immer auf Grundlage wissenschaftlicher Expertisen beschlossen, sondern ebenso auf Überlegungen politischer Machbarkeit in die europäische Politik eingebracht werden.

Um dies adäquat zu vollziehen, wurde in der abschließenden Plenumsdebatte die Querschnittskonzeption der „Working Numbers“ entworfen, die Zahlen in der Politik als Ergebnis eines aktiven Aushandlungsprozesses verstehen und über die Kontextualisierung der

*Produktion, des Transfer und der Übersetzung* sowie der *Anwendung* zu fassen versuchen. Erstens müsse festgestellt werden, wie, auf welcher Grundlage und von wem überhaupt Zahlen generiert werden. Gerade Zahlen im politischen Betrieb werden nicht unbedingt von akademischen Akteuren produziert, sondern vielfach von Interessenvertretungen oder parteinahen Stiftungen mit nicht selten zweifelhaften Methoden erarbeitet. Eine Analyse der *Produktion* ist daher dazu angetan, zugrundeliegende (Eigen-)Interessen und bestehende Abhängigkeiten ersichtlich zu machen. Zweitens gelte es zu hinterfragen, auf welche Art und von wem Zahlen in den politischen Diskurs eingebracht und nutzbar gemacht werden. Nicht zuletzt wissenschaftliche Politikberater dienen dazu, wissenschaftliche Ergebnisse in die Sprache der Politik zu übersetzen und damit anwendbar zu machen. Daher gelte es *Transfer und Übersetzung* von produzierten Zahlen in den Blick zu nehmen und die verschiedenen Kanäle der „Vermittlung“ sowie die Kommunikationsstrategie und „Sprache“ der selbigen zu analysieren. Drittens gelte es zu hinterfragen, wie und mit welchem Ziel überhaupt Zahlen im politischen Diskurs zur Anwendung kommen. Über die Analyse der *Anwendung* von Zahlen ist es möglich, den Gebrauch und die Wirkung von Zahlen durch und auf bestimmte gesellschaftliche sowie politische Personen(gruppen) darzustellen.

Die Konferenzprogrammbeschreibung ist abrufbar unter nachfolgender URL:  
<http://www.haw.uni-heidelberg.de/md/haw/veranstaltungen/flyer-win-konferenz-science.pdf>